



Naturverträglich und klimaneutral: Drei Kernforderungen des NABU an die Gemeinsame Agrarpolitik der EU

Wir erleben derzeit eine sich dramatisch zuspitzende Arten- und Klimakrise – den massiven Rückgang von Insekten und Feldvögeln ebenso wie extreme Dürre und Unwetter. Die Erdüberhitzung und die Ausbeutung der Natur sind längst zu einer Megakrise geworden. Doch unsere Ernährung, Gesundheit und unser wirtschaftlicher Wohlstand hängen maßgeblich von einer Vielzahl von Leistungen ab, die uns nur eine artenreiche Natur liefern kann. Ob Bestäubung, Bodenschutz, Wasserspeicherung, Hochwasserschutz oder Schädlingsbekämpfung: Dies alles ist durch den dramatischen Verlust an biologischer Vielfalt gefährdet, den wir momentan erleben. Zusammen mit der Klimakrise bedroht das Artensterben die Lebensmittelproduktion der Zukunft.

Die immer intensivere Landwirtschaft ist gleichzeitig aber auch Hauptverursacher des Biodiversitätsverlustes in Europa. Die Maximierung von Produktion und Minimierung von Kosten vernichten nicht nur die Vielfalt in der Landschaft, sie lassen auch Höfe sterben. Übermäßige Einträge von Pestiziden und Nährstoffen in unsere Umwelt gefährden Insekten, Grundwasser und sogar die Meere. Die Art und Weise, wie wir Nahrungsmittel produzieren, heizt zudem die Klimakrise weiter an.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage: Wie machen wir die Landwirtschaft naturverträglich und klimaneutral? Neben notwendigerweise steigenden Umweltstandards, auch für Importe, sind gezielte Anreize für landwirtschaftliche Betriebe erforderlich, um Natur- und Klimaschutz zu betreiben. Ebenso nötig sind Investitionshilfen für Betriebe, die auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise umstellen wollen. Hierfür ist eine Unterstützung durch Steuergeld notwendig. Langfristig müssen jedoch die Lebensmittelpreise, die Verbraucher*innen und Handel zahlen, die wahren ökologischen Kosten widerspiegeln.

Die derzeitige Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) ist die größte Chance in diesem Jahrzehnt, die Bedingungen für die überfällige Veränderung der Landwirtschaft zu schaffen – mit europaweit fairen Wettbewerbsbedingungen. Die wichtigsten Forderungen des NABU an die GAP auf EU-, Bundes- und Landesebene lauten:

SPACE FOR NATURE: Mehr Platz für Artenvielfalt gewinnen

Zahlreiche wissenschaftliche Studien zeigen: Wenn wir Insekten und Vögel retten wollen, brauchen wir auf mindestens zehn Prozent der Fläche Raum für die Artenvielfalt¹. **Entsprechend sollten alle Agrarbetriebe im Rahmen der neuen Förderpolitik mindestens zehn Prozent ihrer Fläche nicht bewirtschaften, sondern in Form von mehrjährigen Brachen, Blühflächen oder Hecken der Natur überlassen.** Diese wichtige „grüne Infrastruktur“ für die Erholung der Artenvielfalt würde nach vielen Studien die Produktivität der Landwirtschaft sogar steigern, denn sie erhöht die Bestäubungsleistungen sowie den Schutz vor Bodenverlust durch Wind- und Wassererosion.

MONEY FOR NATURE: Naturschutzleistungen von Europas Landwirt*innen belohnen

Wer als Landwirt*in mehr für die Natur tut, als das gesetzliche Minimum vorschreibt, muss damit Geld verdienen können, auch als Zeichen der gesellschaftlichen Anerkennung. **Der EU-Agrarhaushalt sollte dafür aus seinen beiden Säulen insgesamt mindestens 15 Milliarden Euro pro Jahr bereitstellen.** In Deutschland kann damit ein großer Teil des Finanzierungsdefizits im Naturschutz (immerhin fast eine Milliarde Euro jährlich) geschlossen werden, vorausgesetzt, Bund und Länder programmieren die Mittel transparent bedarfsgerecht und ergebnisorientiert.

CHANGE FOR NATURE: Umbau in der Landwirtschaft fördern

Soll die zukünftige Landwirtschaft naturverträglich und klimaneutral sein, muss ein grundlegender Wandel in der Agrar- und Ernährungspolitik eingeleitet werden. Dazu gehört, ab sofort wesentlich stärker in die Umstellung von Betriebs- und Vermarktungskonzepten zu investieren. Der NABU fordert, **bis 2027 die pauschalen Flächenprämien der GAP planbar und vollständig in gezielte Anreize und Investitionshilfen umzuwandeln. Dies ermöglicht den Betrieben, mit steigenden Umweltauflagen umzugehen und durch veränderte Marktmechanismen bessere Preise für ihre Erzeugnisse zu erhalten.**



¹**QUELLEN:** U.a. Busch et al., 2020; BIOGEOA, 2020; Traba and Morales, 2019; Walker et al., 2018; Langhammer et al., 2017; Pe'er et al., 2014; Oppermann, 2008.